Abschluß der wissenschaftlich-technischen Leistung zu vereinbaren, ist gleichzeitig die absolute Höhe dieser Beträge festzulegen. Von der Regelung des Preiszuschlages werden die Festlegungen gemäß § 9 Abs. 4 dieser Anordnung nicht berührt.

§18

Überschreitungen des vorläufigen Preises für wissenschaftlich-technische Leistungen sind nur in dem Umfang zulässig, wie sie von vornherein im Wirtschaftsvertrag vereinbart wurden. Veränderungen des Prämiengrundbetrages gemäß § 15 Abs. 2 dieser Anordnung gelten als vereinbart. Alle anderen Überschreitungen des Preises erfordern eine Vertragsänderung und sind vom Auftragnehmer rechtzeitig zu beantragen und zu begründen.

VII.

Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds sowie des Kultur- und Sozialfonds in Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtungen

§19

(1) Der Prämienfonds der Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtung ist jährlich vom jeweils übergeordneten Organ in Übereinstimmung mit der zuständigen Gewerkschaftsleitung in absoluter Höhe als staatliche Plankennziffer vorzugeben. Dabei ist mindestens der im Vorjahr geplante Prämienbetrag je Beschäftigten zu gewährleisten.

(2) Die Forschungs- und Rationalisierungseinrichtungen bilden den Prämienfonds aus Prämiengrundbeträgen und Prämienzuschlägen gemäß §§ 15 und 16 dieser Anordnung.

(3) Die Höchstzuführung zum Prämienfonds beträgt 900 M je Beschäftigten (VbE). Für die Berechnung der Höchstzuführungen ist die geplante Anzahl der Beschäftigten (VbE) zugrunde zu legen. Soweit im Jahre 1972 für einzelne Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtungen bereits höhere Zuführungen zum Prämienfonds geplant wurden, gelten diese weiterhin als Höchstzuführung zum Prämienfonds.

(4) Werden Aufgaben des Planes Wissenschaft und Technik, insbesondere Teilaufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik und daraus abgeleitete Themen, sowie Rationalisierungsaufgaben durch mangelhafte Leistung der Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtungen nicht erfüllt, so können Minderungen bei der Bildung des Prämienfonds festgelegt werden, auch wenn durch Erfüllung und Übererfüllung anderer Aufgaben Prämiengrundbeträge und Prämienzuschläge realisiert wurden. In diesem Fall legt der Leiter des übergeordneten Organs in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Aufgabe in Übereinstimmung mit dem zuständigen gewerkschaftlichen Organ fest, daß

- die Bildung des Prämienfonds nur in der mit der Vorgabe festgelegten absoluten Höhe erfolgt oder
- Minderungen des Prämienfonds um maximal 20 % der geplanten Höhe erfolgen oder
- die Zuführungen zum Prämienfonds weniger als 80 %, jedoch mindestens 20 % der geplanten Höhe betragen, wenn schwerwiegende Verstöße gegen die Plandisziplin in der Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtung vorliegen.

Die Kriterien für Minderungen bei der Bildung des Prämienfonds sind mit der Planbestätigung festzulegen. Die nicht in Anspruch zu nehmenden Mittel sind an den Gewinn- bzw. Reservefonds des übergeordneten Organs abzuführen.

(5) Soweit durch Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtungen realisierte Prämiengrundbeträge den gemäß Abs. 1 in absoluter Höhe als staatliche Plankennziffer vorgegebenen Prämienfonds übersteigen, sind diese Beträge als sonstige Erlöse im Sinne des § 25 Abs. 1 dieser Anordnung zu behandeln. Das gleiche gilt für realisierte Prämiengrundbeträge und Prämienzuschläge, die die zulässige Höchstzuführung zum Prämienfonds gemäß Abs. 3 übersteigen.

§20

In Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtungen, in denen neben wissenschaftlich-technischen Leistungen auch finanzgeplante Warenproduktion und/oder Rechnerleistungen durchgeführt werden, erfolgt für diesen Teil der Leistungen die Planung und Bildung des anteiligen Prämienfonds auf der Grundlage der entsprechenden Rechtsvorschriften für volkseigene Betriebe* (im folgenden Prämienregelung der Betriebe genannt). Die Prämienmittel sind im einheitlichen Prämienfonds der Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtung zusammenzufassen.

§21

- (1) Die Finanzierung des Prämienfonds erfolgt aus
- Prämiengrundbeträgen und Prämienzuschlägen gemäß §§ 15 und 16 dieser Anordnung,
 - Zuführungen zum Prämienfonds aus sonstigen Erlösen gemäß § 25 Abs. 3 dieser Anordnung.

Soweit den Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtungen zusätzliche Prämienmittel durch übergeordnete Organe oder außerbetriebliche Institutionen zur Verfügung gestellt werden, gilt für deren Zuführung zum Prämienfonds die Prämienregelung der Betriebe.

(2) Durch das der Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtung übergeordnete Organ kann in Abhängigkeit vom erbrachten und noch nicht abgerechneten Ergebnis bzw. Zwischenergebnis eine zeitweilige Finanzierung des Prämienfonds aus zweckgebundenen Mitteln erfolgen, wenn bei der Durchführung langfristiger wissenschaftlich-technischer Leistungen im Planjahr keine Zuführungen zum Prämienfonds aus Prämiengrundbeträgen und Prämienzuschlägen erfolgen. Das übergeordnete Organ hat diese Mittel sowie die nach Abrechnung der langfristigen wissenschaftlich-technischen Leistungen erforderlichen Rückzahlungen der Forschungs- bzw. Rationalisierungseinrichtung zu planen. Diese zeitweilige Finanzierung des Prämienfonds erfolgt in Übereinstimmung mit der zuständigen Gewerkschaftsleitung.

(3) Ist die geplante Zuführung zum Prämienfonds wegen fehlender Mittel aus anderen als im Abs. 2 genannten Gründen nicht möglich, entscheidet der Leiter des übergeordneten Organs in Übereinstimmung mit der zuständigen Gewerkschaftsleitung auf Antrag des Leiters der Forschungs- bzw. Rationalisierungsein-

* Zur Zeit gilt die Verordnung vom 12. Januar 1972 über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe im Jahre 1972 (GBl. II Nr. 5 S. 49).